

erlebenden bedeutete, wenn er wenigstens einige der Verfolgungsoffer dem ihnen drohenden Schicksal zu entreißen vermochte. Er erinnerte an die Worte Papst Pius XII. von 1942, in denen dieser seinen Wahlspruch so ausgelegt hat: „Das Werk der Gerechtigkeit ist Friede, der ebenso auf die Innen- wie auf die Außenseite des sozialen Lebens seine Anwendung findet. Er läßt keinen Widerspruch, noch eine Wahl zwischen beiden zu: Liebe oder Recht, sondern nur die fruchtbare Synthese: Liebe und Recht... Während das Recht den Weg zur Liebe ebnet, mildert und verklärt die Liebe das Recht. Beide erheben das menschliche Leben in jene soziale Atmosphäre, in der auch unter den Mängeln, Hemmnissen und Härten dieser Erde ein brüderliches Zusammenleben möglich wird.“

Prälat D. lic. Wilfried Lempp - Schwäb. Hall be-

zeugte, wie er in der Verantwortung für evangelische Hilfswerke in Polen in gemeinsamer Front mit den dortigen Juden als Vorposten deutscher Kultur gestanden hat und Dr. Alfred Mayer - Wiesbaden sprach den erschütternden Satz aus: Westdeutschland hat nach 1945 gegenüber den heimatvertriebenen Brüdern aus dem Osten genau so versagt wie vor 1945 gegenüber den deportierten Juden. — Aber nicht um anzuklagen wurde das gesagt, sondern um Herzen wach zu rütteln, damit sie endlich ernst machen mit dem Gebot: „Liebe deinen Nächsten, denn er ist wie du!“ (Nach der Übersetzung von Oberrabbiner Dr. Leo Baeck). Dankbar konnte Rev. Dr. Carl F. Zietlow, der Liaison Vertreter des Internationalen Rates von Christen und Juden, den an Anregungen überreichen Kongreß mit dem Ausblick auf deren praktische Verwirklichung in der weiteren Arbeit abschließen,

4. RUNDSCHAU

4a. Übergriffe gegen die Kirche in Israel?

In einer Meldung aus Washington hat der „Kirchliche Nachrichtendienst“ (Köln, 4. Jhg., Nr. 7 vom 26. 1. 1949) berichtet, daß das Kultusministerium von Israel über mehrere (mindestens zwölf) zugegebene Fälle von Beschädigungen oder Profanierungen katholischer Institutionen im Laufe der Kriegseignisse in Palästina sein Bedauern ausgesprochen und sie als „vandalische Akte zügelloser Elemente“ bezeichnet habe. Es habe sich um „sporadische Vorkommnisse“ gehandelt, die auf die Kriegsverhältnisse zurückzuführen seien und die man nicht als die Politik des Staates Israel deuten dürfe, dessen Behörden strenge Maßnahmen gegen Strolche und Vandalen ergriffen hätten. Es sei vielmehr den besonderen Vorsichtsmaßnahmen und dem Eingreifen der Regierung Israels zu verdanken, daß trotz dem Kriegschaos der weitaus größte Teil religiöser Einrichtungen vor der Zerstörung und Vernichtung bewahrt bleiben konnte.

In dem Bericht, der durch die Gesandtschaft Israels in den Vereinigten Staaten der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde, heißt es: „Jede Zerstörung oder Profanierung, die von den zügellosen Individuen unter Mißachtung der strengen Verbote der Militär- und Zivilbehörden begangen wurde, wird vom Staate Israel und seinen Bürgern als verabscheuungswürdige Tat angesehen und dementsprechend bestraft“.

In einer weiteren Meldung brachte der „Kirchliche Nachrichtendienst“ (Nr. 8) eine Äußerung des Vatikansenders, in der Zweifel an diesen Behauptungen der Regierung des Staates Israel zum Ausdruck kommen. Es heißt darin: „Im Gegenteil konnte folgendes festgestellt werden: eine große Zahl von Kirchen wurde von jüdischen Soldaten geschändet, religiöse Institute beschlagnahmt, zerstört und angezündet, die Ordensleute wurden selbst schlecht behandelt und aus ihren Wohnungen verwiesen. Diese Übergriffe ereigneten sich in vielen Fällen und in vielen Teilen Palästinas, und es ist schwer zu glauben, daß es immer nur unverantwortliche Elemente waren, wie man es auf jüdischer Seite gern wahrhaben möchte. Diese Übergriffe ereigneten sich nicht nur an der Front, sondern auch im rückwärtigen Gebiet. Dadurch fällt die Behauptung, daß solche Übergriffe durch militärische Erfordernisse bedingt gewesen wären.“

Wir haben bereits im letzten „Rundbrief“ (Nr. 2/3 vom März 1949 S. 37) aus dem „Überblick“ ein Zitat aus einem Aufsatz von Theodor F. Meyssel in der österreichischen katholischen Wochenzeitung „Die Furche“ wiedergegeben, das den scheinbaren Widerspruch in den erwähnten Äußerungen erklärt und für die Entweihe heiliger Stätten nicht die regulären Truppen des Staates Israel sondern die Terroristengruppen verantwortlich macht.

Wir haben aber außerdem Herrn Professor Dr. Martin Buber in Jerusalem gebeten, uns eine authentische Mitteilung zu dieser Frage zugehen zu lassen. Professor Buber hat in dankenswerter Weise die Angelegenheit gewissenhaft untersucht und uns nun auf unsere Anfrage in Briefen vom 27. 5. 1949 und vom 6. 6. 1949 aus Jerusalem folgendes mitgeteilt:

„Ich zitiere zunächst die mir abschriftlich vorliegenden Briefe:

1. Brief von Msgr. Antonio Vergani, Generalvikar des Lateinischen Patriarchats in Galliläa an den Minister für religiöse Angelegenheiten, vom 26. August 1948:

„...In Nazareth selbst haben sich, als die Stadt besetzt worden war, mit einer einzigen Ausnahme eines Vorfalles im Hause der Salesianer, die israelischen Truppen durchweg gut benommen hinsichtlich der Behandlung von Häusern, Einrichtungen und religiöser Personen; und außer einem weiteren Vorfall im Kloster der Schwestern von St. Clara haben sich die israelischen Truppen auch bei den nachfolgenden Durchsuchungen in korrekter Weise betragen.... Wenn unglücklicherweise an verschiedenen Orten Vorfälle vorkamen, so geht dies nach meiner Überzeugung nicht auf eine fälschlicherweise irgendwie angenommene feindliche Haltung von seiten maßgeblicher Stellen zurück, sondern ist das Ergebnis eines schlechten Verhaltens von Einzelnen von zweifelhafter Verantwortung.“

2. Brief desselben an den Minister für religiöse Angelegenheiten vom 12. Januar 1949:

„Es ist mir eine Freude, Eurer Exzellenz für die Sorgfalt zu danken, die den religiösen Bauten erzeigt wurde.“

3. Brief von Msgr. Thomas J. McMahon, National Secretary Catholic Near East Welfare Association (des Landessekretärs der kathol. Wohlfahrtsvereinigung des nahen Ostens) an Trygve Lie vom 21. März 1949:

„Am 20. August 1948 haben wir Sie gebeten, eine Untersuchung von verbrecherischen Taten gegen christliche Personen und Orte im Verlauf der palästinensischen Kriegführung zu machen. Der Unterzeichnete berichtet gern, daß er nach einer ausgedehnten Reise in dem Gebiet persönlich bezeugen kann, daß die Regierung von Israel den aufrichtigen Wunsch hat, den zugefügten Schaden wieder gut zu machen, und gute Beziehungen zu den religiösen Einrichtungen innerhalb ihrer Grenzen aufrechterhalten will.“

In das Anklagematerial habe ich, soweit als möglich Einsicht genommen und Nachprüfungen angestellt. Einen

großen Teil davon nennt ein namhafter Vertreter der anglikanischen Kirche... in einem Privatbrief an mich mit Recht „den unverfälschten antisemitischen Unsinn der sogenannten ‚Liga für die Wahrheit der Welt‘. — Andere Aussagen beziehen sich auf wirklich vorgefallene Ausschreitungen und Vandalismen. Meine Nachforschungen darüber haben ergeben, daß die im kirchlichen Nachrichtendienst 4. Jhg. Nr. 7 vom 26. Januar veröffentlichten Äußerungen des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten („Kultusministerium“) von Israel über die Stellungnahme der Israel-Regierung zu den genannten Vorkommnissen im wesentlichen zutreffend sind. Zu weiteren Auskünften gern bereit, Ihr Ihnen ergebener

(gez.) Martin Buber“.

Vom 6. 6. 1949 schreibt Prof. Buber: „Seit Absendung meines Briefes an Sie vom 29. 5. habe ich Einblick in ein Schreiben des Pater Terentius OFM, Vikar des la-

teinischen Patriarchen. Jerusalem, vom: 26. 5. erhalten in dem es heißt: „Es ist der Welt in einer bestimmten Art und Weise über einen Vorfall, der sich in Ain Karem zugetragen haben soll, Mitteilung gemacht worden... Ich habe diese Angelegenheit untersucht und die Franziskanischen Schwestern in Ain Karem sagen mir, daß sich ihrer Kenntnis nach nichts ereignet hat, was den übertriebenen und falschen Eindruck beweisen könnte, der dem Bericht in der Palästinaischen Post vom 18. Mai 1949 zufolge vom Vatikanischen Radio veröffentlicht worden sein soll. Es ist zu bedauern, daß solche Geschichten in diesen Tagen intensiver Propaganda weite öffentliche Aufmerksamkeit erhalten und so falsche Eindrücke erwecken und ernste Mißverständnisse schaffen. Ich werde diese Angelegenheit der Aufmerksamkeit der Apostolischen Delegation in Jerusalem unterbreiten und bitten, daß eine öffentliche Erklärung gemacht werden möge.“

Ihr sehr ergebener (gez.) Buber.

4b. Die Juden und die Religionsverfolgungen in Osteuropa

(vgl. „Rundbrief“ Nr. 2/3, S. 37)

Über die Verfolgungen der Juden im Zusammenhang mit den allgemeinen Religionsverfolgungen in Osteuropa, von denen wir bereits im letzten „Rundbrief“ berichteten, liegen weitere Meldungen vor:

Seit einiger Zeit kommen Nachrichten aus Moskau, daß eine Umstellung in den Beziehungen zu den jüdischen Gesellschaften im Gange sei. Die großen jüdischen Verlage in Kiev, Moskau und Minsk haben aufgehört zu existieren. Die Tageszeitung „Eneš“ in Moskau wurde verboten und einige ihrer Mitarbeiter verhaftet. Darunter sollen sich Itzig Feffer, der Präsident des bereits aufgelösten jüdischen antifaschistischen Komitees befinden, sowie die Schriftsteller Markisch, Nister, Halkin und David Bergelson. Angriffe werden auch gegen Iljah Ehrenburg geführt. Es wird ihnen eine „kosmopolitische Richtung“ vorgeworfen. In der Ukraine faßte die Union der Schriftsteller einen Beschluß, in welchem sie die jüdischen Schriftsteller wegen ihres „bourgeois jüdischen Nationalismus“ verurteilten. In Weißrußland erklärte der Parteisekretär, daß es sich einzig die jüdischen Theater leisten, unpatriotische Stücke zu spielen. 49 jüdische Schriftsteller wurden öffentlich angeprangert.

In: „Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz“, 49. Jg. (29. April 1949) Nr. 17, S. 8.

*

Die jüdische Gemeinschaft von Bulgarien besteht nicht mehr. In kurzen trockenen Worten wurde mitgeteilt, daß die letzten Schiffe mit jüdischen Passagieren das Land verlassen habe. Geblieben sind nur einige Tausend jüdische Kommunisten, welche ihr Schicksal mit den regierenden Kommunisten verbunden haben und vom Judentum nichts mehr wissen wollen. Die jüdischen Gemeinden in Bulgarien sind beinahe 2000 Jahre alt.

Ende des 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts hatte Bulgarien die bestverwalteten jüdischen Gemeinden; Hebräisch war die Sprache in den jüdischen Schulen. In Sofia gab es mehrere jüdische Tagesschulen mit einigen tausend Schülern.

Als Hitler die Rassengesetze in Bulgarien einführen wollte, ist ihm dies nur in kleinem Maße gelungen. Die Bevölkerung hat sich für die Juden mit Erfolg gewehrt. Bulgarien ist fast das einzige von den Nazis besetzt gewesene Land, das die Juden fast vollständig gerettet hat. Wenn die Juden heute das Land verlassen, so tun sie dies nicht, weil sie mit den christlichen Nachbarn nicht auskommen: sie sind keine Kommunisten auf der einen

und bewußte Juden auf der anderen Seite. In diesem Dilemma haben sie es vorgezogen, ihre alte Heimat wieder aufzusuchen. Die Juden lassen in Bulgarien alles, was in tausendjähriger Arbeit erworben wurde, zurück, aber sie retten, was für sie mehr zählt: das jüdische Bewußtsein.

In: „Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz“, Jg. 49 (3. Juni 1949) Nr. 22, S. 8.

*

Der Präsident des amerikanischen Rabbinerrates, Dr. Israel Tabak, stellte in Atlantic City fest, in Polen, Rumänien, Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern würden Versuche zur Unterdrückung des religiösen, sozialen und kulturellen Lebens der jüdischen Bevölkerung unternommen.

Diese Erklärung, die er an der Eröffnungssitzung des 13. Jahreskonvents des Rabbinerrates abgegeben hat und an der 150 Rabbiner aus den Vereinigten Staaten und Kanada teilnahmen, ergänzte Dr. Tabak durch folgende Angaben: Es sei in der Tat eine seltsame Ironie, daß die Sowjettruppen, die die Juden aus den „Krallen der Nazimörder“ befreit hätten, sie nun zwingen, eines „geistigen Todes“ zu sterben, indem sie die Juden dieser Länder ihrer religiösen Einrichtungen und des Vorrechtes der Erziehung ihrer Kinder in religiösen Schulen berauben.

In: „Basler Nachrichten“. Nr. 225. 30. Mai 1949.

*

Die rumänische Regierung hat 256 jüdische Institutionen der Wohltätigkeit nationalisiert. Darunter befinden sich Kinderheime, Altersasyle, Waisenhäuser, Kantinen und medizinische Zentren. Im Dekret heißt es, die Föderation der jüdischen Gemeinden habe diese Maßnahmen verlangt.

Das Büro des jüdischen Weltkongresses erklärt in einer Resolution, daß es mit tiefem Bedauern von den Vorgängen in Rumänien Kenntnis nehme, die zur Auflösung der rumänischen Sektion geführt habe. Das rumänische Judentum bilde nächst Rußland die größte jüdische Gemeinschaft in Europa und sie werde jetzt vom jüdischen Leben in der Welt abgeschnitten. Der Weltkongreß gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Juden Rumäniens bald wieder den Anschluß an die anderen jüdischen Gemeinschaften der Welt finden werden.

In: „Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz“, 49. Jg. (29. April 1949) Nr. 17, S. 7.